

Medienmitteilung

Bundesversammlung verwirft VCS-Initiative und genehmigt FABI-Gegenvorschlag

Strassenfinanzierung sicherstellen

Bern, 21.06.13 – Die Bundesversammlung hat erkannt, dass die VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ die bewährte Strassenfinanzierung zerstört. Deshalb empfiehlt sie die VCS-Initiative Volk und Ständen mit grosser Mehrheit zur Ablehnung. Als direkter Gegenvorschlag wird dem Souverän die FABI-Vorlage präsentiert, die nach Auffassung von strasseschweiz erhebliche Mängel aufweist. So wird insbesondere die Quersubventionierung von der Strasse hin zur Schiene nicht nur unvermindert fortgesetzt, sondern sogar ausgebaut. Das wirkt sich unmittelbar auf die „Strassenkasse“ aus, indem dieser massiv Gelder entzogen werden, die künftig für die Finanzierung der Strasseninfrastruktur fehlen. Eine faire Verkehrsfinanzierung sieht definitiv anders aus. Deshalb erhebt strasseschweiz zur Finanzierung des Strassenwesens einen Anspruch auf die Erträge aus den Verkehrsabgaben, die bis dato in die allgemeine Bundeskasse fliessen.

strasseschweiz zeigt sich grundsätzlich erfreut darüber, dass die Bundesversammlung die desaströse VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ klar ablehnt. Damit hat das eidgenössische Parlament ein deutliches Zeichen gesetzt: Der Finanzierung und dem raschen Ausbau der Strasseninfrastruktur ist ein ebenso grosses Gewicht beizumessen wie hinsichtlich der Bahninfrastruktur. Der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) beabsichtigte mit seinem Volksbegehren, weitere strassenseitige Ausbauprojekte zu verhindern und somit eine „Verkehrs Chaos Schweiz“ zu sanktionieren. Dies ist ihm fürs Erste misslungen. Allerdings hat die Bundesversammlung mit FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) einen direkten Gegenvorschlag genehmigt, der nach wie vor grosse Mängel aufweist. So werden Strassengelder – LSVA, NEAT-Viertel, Beschränkung Fahrkostenabzug primär für Autopendler – im Umfang von rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr grösstenteils unbefristet und unvermindert zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur zweckentfremdet.

strasseschweiz anerkennt zwar, dass beim Schienenverkehr ebenfalls ein gewisser Handlungsbedarf besteht; indessen ist der Leidensdruck der Bahnen nach den „Ausbauorgien“ der vergangenen zwanzig Jahre niemals derart gross wie beim Strassenverkehr. Vor allem haben es Bundesrat und Parlament versäumt, endlich ein klares Bekenntnis für eine faire Verkehrsfinanzierung abzulegen. Stattdessen wird der Ausbau der Schiene mit fremden finanziellen Mitteln vorangetrieben, was sich dereinst nicht nur positiv auf die Bahnen und den öffentlichen Verkehr (öV) auswirken wird. Die Eigenwirtschaftlichkeit und der Kostendeckungsgrad des Schienenverkehrs dürften wegen der Folgekosten noch mehr unter Druck geraten, wobei sich dies zwangsläufig in steigenden Preisen für die Bahnbenutzer niederschlagen muss. Ansonsten droht die öV-Finanzierung insgesamt in einem Finanzierungsschlamassel zu enden.

strasseschweiz wird sich mit Blick auf die Strasseninfrastruktur weiterhin für eine faire Finanzierungslösung und den raschen Ausbau einsetzen. Dazu bedarf es so rasch als möglich eines umfassenden, greifbaren und verbindlichen Konzepts zu Finanzierung und Ausbau der nationalen Strasseninfrastruktur. Darin muss klipp und klar festgehalten sein, welche Infrastrukturen notwendig sind, um den Strassenverkehr in den kommenden Jahrzehnten sicher und flüssig abwickeln zu können, und welche finanziellen Aufwendungen damit verbunden sind. Unabdingbar dazu gehört ein einheitlicher Strasseninfrastrukturfonds auf Verfassungsebene – analog des im Rahmen von FABI beschlossenen Bahninfrastrukturfonds (BIF). Zu speisen ist dieser Strasseninfrastrukturfonds aus den zweckgebundenen Mitteln gemäss Artikel 86 der Bundesverfassung. Damit sollen in Zukunft Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Strassennetzes (inkl. Hauptstrassen) finanziert werden.

Die derzeit von den Bundesbehörden eingeschlagene Strategie, die Quersubventionierung von der Strasse hin zur Schiene fortzusetzen und in der Folge strassenseitig Steuern, Abgaben sowie Gebühren erhöhen zu wollen, geht auf Dauer nicht auf. Es ist höchste Zeit, die Strassenfinanzierung auf sichere und solide Beine zu stellen. Nachdem durch FABI die „Löcher in der Strassenkasse“ besiegelt worden sind, gilt es nun, andere Möglichkeiten für eine ausreichende Finanzierung der Strasseninvestitionen zu finden – und zwar ohne dabei die Strassenabgaben anzuheben und somit die Automobilisten sowie das Transportgewerbe weiter zu „Milchkühen der Nation“ zu degradieren. Konkret infrage kämen die Nutzung bzw. Bindung des gesamten Ertrags aus der Mineralölsteuer – dies ist eine der Forderungen der so genannten „Milchkuh-Initiative“ – oder des Ertrags aus der Importabgabe auf Fahrzeugen und Automobilzubehör (so genannte Automobilsteuer) für Strassenzwecke. In diesem Fall wäre auch eine Erhöhung der Autobahn-Vignette nicht notwendig.

strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS ist die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs in der Schweiz. **strasseschweiz** umfasst rund 30 Verbände aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenützer- und Fahrlehrerorganisationen. Die wichtigsten Trägerorganisationen sind: TCS (Touring Club Schweiz); auto-schweiz (Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure); AGVS, Autogewerbeverband der Schweiz; ACS (Automobil Club der Schweiz) und ASTAG (Schweizerischer Nutzfahrzeugverband).